Politik vor, auf welchem er durch das Marokkoabkommen ganz bedenklich ins Hintertreffen geraten war. Jedenfalls scheint die schwerste Periode der Isolierung Deutschlands, die ja geradezu krisenhaft auftrat, überwunden zu sein. Inwiefern dies der Staatskunst des Kanzlers zuzuschreiben ist, ist allerdings eine andere Frage.

### Strafprozeßreform.

Die Reichsjustizkommission hat am 4., 5. und 6. d. M. die zweite Lesung von Fragen zur Reform des Strafprozesses mit großem Eifer aufgenommen und in Sitzungen, die sogar bis zum Abend dauerten, zu einer Reihe wichtigster Fragen eine Stellung genommen, wie sie vom Standpunkte besonnenen Reformbestrebens als erfreulich bezeichnet werden kann. Am Donnerstag abend waren die Mitglieder der Sachverständigenkommission zur Vorprüfung von Fragen der Reform des Strafprozesses einer Einladung des Staatssekretär des Reichsjustizamtes Dr. Nieberding, einige Stunden bei ihm zu durchringen, gefolgt. Der ungezwungene Meinungsaustausch, der bei dieser Gelegenheit stattfand, war, nach der „Natl. Korr.", dazu angetan, Ausblicke in die Zukunft zu eröffnen, die für das Zustandekommen des Reformwerkes als erwünscht bezeichnet zu werden verdienen.

### Beim Abschluß des Marokkovertrags.

Die französische Vorherrschaft in Marokko ist durch den Vertrag, dessen etwas dunkle Notifizierung gestern telegraphiert wurde, errichtet. Herr Delcassé, der Händler unter den Diplomaten, hat seine Wünsche durchgesetzt. „Beide Regierungen erklären", so schwört er halbamtlich, „daß sie unverändert an dem Bestande Marokkos festhalten", ein Schmuck, welcher pfiffig die Souveränität des Sultans beseitigt, indem er sie anerkennt. Er wird in Zukunft ebenso wie der Bey von Tunis souverän sein. Fraglich ist die Stelle von der „Ausdehnung ihrer Rechte und den Bürgschaften ihrer Interessen", die sich die Vertragsmächte zu garantieren bereit sind. Günstig wären die Worte insofern zu deuten, als am 6. Oktober dasselbe französisch-englische Abkommen über Marokko bestätigt wurde, dessen Art. 2 Frankreich die Aufgabe zuweist, „über die Ruhe in Marokko zu wachen und ihm seinen Beistand für alle Verwaltungs-, wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Reformen zu leisten, deren es bedarf". Der „Temps" faßt den Vertrag in diesem Sinne auf und freut sich über die seinen „Gefühlen" zu teil gewordene Genugtuung. Die Feindschaft mit Spanien gilt ihm aufgehoben, gekrönt sei endlich „der von unserer Diplomatie gehegt Plan, den französischen Einfluß in Marokko zu befestigen, ohne eine bedrohende Gruppierung oder beunruhigende Mißstimmungen hervorzurufen, zu denen unsere Festsetzung in Tunis vor 23 Jahren Anlaß gab." Die nationalistische Presse hingegen wittert, daß Herr Delcassé für Tetuan und Tanger den Spaniern freie Hand gelassen habe, und Herr Jaurès, der Eiferer gegen militärische Kolonisation, will den Minister des Äußern beim Beginn der Tagung interpellieren. Er will die Projekte durchkreuzen, über die gegenwärtig Delcassé, General Lianteу und Gesandter Taillandier im Auswärtigen Amte beraten. Jedoch auch der Marokkohändler bedarf keiner Kammermajorität. Zwar schreibt die Verfassung vor, daß internationale Verträge durch das Parlament zu genehmigen seien, sie fügt aber hinzu, daß der Präsident der Republik den Kammern davon Kenntnis gibt, wenn das Interesse und die Sicherheit des Staates es gestatten. Die Interpellation wird wohl zurückgezogen werden; sie ist die erste nicht.

### Herr Carnegie.

Der Internationale Friedenskongreß in Boston scheint beendigt zu sein. Wenigstens wird gemeldet, daß er den Entwurf eines Weltfriedensvertrags vorgelegt und beschlossen habe, ihn das nächste Mal in Luzern, abzuhalten, und ein Brüsseler Telegramm zeigt einen Brief des Kardinals Gibbons an, der mit dem Bedauern seines Absentismus die belgische Kolonialpolitik gegen die Leute von Boston verteidigt. Bei dieser Gelegenheit hat auch Herr Carnegie an seine friedlichen Freunde folgendes geschrieben: „Nehmen wir an, daß Frankreich, England, Deutschland, Amerika und die übrigen Staaten sich der Bewegung anschließen und vereinbaren, die Ergreifung von Waffen zur Schlichtung von Konflikten zu verhindern, mit der Bereiterklärung, eine friedliche Lösung zu erzwingen, dann würde der Krieg unzweifelhaft abgeschafft werden." Herr Carnegie schlägt vor, zur Prüfung dieser Frage einen Ausschuß zu ernennen. Er quacksalbert weniger geschickt als der Staatssekretär Hay, der neulich für den Frieden predigte und doch die Kontrebande-Resolution der Versammlung als „nicht rätlich" unter den Tisch fallen ließ. Der inaktive Chef der Carnegie Steel Co. Lim., der frühere Hafeljunge, Laufbursche, Telegraphist, Sekretär, Superintendent, Schlafwagenfabrikant, Oelfarmer und Brückenbauer, hat wiederum Lust, sein Thema vom „empire of business" zu variieren. Nur sollte er es nicht so ungeschickt tun, daß er sich selbst bei den Hay und Roosevelt, die ihn, wenn er schweigend zahlt, als Großmacht schätzen, durch seine Redseligkeit blamiert.

# Deutsches Reich.

* Berlin, 8. Oktober.

* **Der Gesetzentwurf über den privaten Versicherungsvertrag.** Nach offiziöser Mitteilung ist der Entwurf eines Gesetzes über den privaten Versicherungsvertrag im Reichsjustizamte soweit fertiggestellt, daß er in dem nächsten Tagungsabschnitte dem Reichstage wohl vorgelegt werden könnte. Ob dies tatsächlich geschehen wird, hängt u. a. von dem Ausfall der Erwägungen darüber ab, ob das Reichstagspensum, zu dem ja, wie bekannt, diesmal die mannigfachsten und wichtigsten Entwürfe gehören werden, nicht allzusehr belastet werden würde. Mit dem in Rede stehenden Gesetzentwurfe wird die Reihe der größeren Vorlagen, die infolge des Bürgerlichen Gesetzbuches nötig geworden sind, zum Abschluß gebracht werden. Er ist außerordentlich sorgfältig vorbereitet worden. Man hat zunächst einer größeren Anzahl von Sachverständigen den ersten Entwurf zur Vorberatung unterbreitet. Der auf Grund des danach vorliegenden Materials umgearbeitete Entwurf ist veröffentlicht und der allgemeinen Kritik Gelegenheit gegeben worden, sich hinreichend über die Einzelheiten der neuen Vorlage auszusprechen. Seit jener Veröffentlichung ist nunmehr etwa ein Jahr vergangen. Dieser Zeitraum hat sicherlich ausgereicht, um alles, was über den Entwurf gesagt werden konnte, ans Tageslicht zu fördern. Auch die Ergebnisse der allgemeinen Kritik sind bei der Feststellung des endgültigen Entwurfes berücksichtigt worden, allerdings wird man wohl in der Annahme nicht fehlgehen, daß sich diese Berücksichtigung nicht auf alle inzwischen vorgebrachten Wünsche beziehen wird.

* **Zur Reichsfinanzreform.** Unter dem Titel „Die Reichsfinanzreform" haben G. v. Mayr, Professor Dr. Hermann Rehm und Dr. Hans Koeppe drei finanzwissenschaftliche Untersuchungen erscheinen lassen, die Professor Dr. Max v. Heckel im neuesten Hefte der „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik" bespricht. Wie wir dieser Besprechung entnehmen, erblicken jene drei Schriften die Wurzel des Uebels in der formellen Gestaltung des Reichsetats, in dem Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen reichs- und einzelstaatlichen Finanzen und überhaupt oder partiell in dem ungesunden Zustande der Reichsschuldenwirtschaft. Ebenso stimmen die drei Schriften darin überein, daß eine befriedigende Lösung der Reichsfinanzreform und durch die Erschließung neuer Reichseinnahmen oder die Vermehrung der bisherigen verwirklicht werden könne. Praktisch läuft dies natürlich auf die Einführung neuer Steuern hinaus. Die Begründung von direkten Reichssteuern wird allseitig als ein aussichtsloses Projekt bezeichnet. Und ebenso wenig glauben die Verfasser ihre Reformvorschläge auf die Verkehrssteuern, namentlich auch nicht auf eine Reichserbschaftssteuer stützen zu dürfen. So verbleibt nur ein Rückgriff auf die Verbrauchssteuern. Zölle und Tabaksteuer stehen dabei im Mittelpunkt. Koeppe will außerdem ein Zündhölzermonopol. Einig sind die Verfasser auch darin, daß das Reichsschuldenwesen und die Reichsschuldentilgung auf eine gesunde Grundlage zu stellen sind. Was die Ueberweisungen und Matrikularbeiträge anbelangt, so fordert Rehm, daß sie gänzlich beseitigt werden und daß das Reich dafür durch die vollen Erträgnisse aus den Ueberweisungssteuern entschädigt wird. Mayr will mindestens das Gleichgewicht zwischen Matrikularbeiträgen und Ueberweisungen reichsgesetzlich festgelegt wissen. Koeppe schlägt vor, beide Einrichtungen aufzuheben und die organische finanzielle Verbindung zwischen Reich und Einzelstaaten durch die Schaffung einer starken Interessengemeinschaft herzustellen, indem die Einzelstaaten mit einem festen Prozentsatz an den beweglich zu gestaltenden Reichssteuern beteiligt werden. Finanzzölle, Verbrauchs- und Stempelabgaben sollen zu diesem Behufe gleichmäßig mit prozentualen Zuschlägen versehen werden, um durch die Beweglichkeit Bedarf und Deckung einander anzupassen. — Professor v. Heckel betont seinerseits folgende Punkte: 1) Deckung des ordentlichen Bedarfs durch ordentliche Deckungsmittel, daher Aufnahme der bisher als außerordentlich bezeichneten Ausgaben, die aber ihrem Wesen nach ordentliche sind, in den ordentlichen Etat und Sanierung der Reichsschuldenpolitik und Reichsschuldentilgung; 2) Beseitigung der Matrikularbeiträge und Ueberweisungen; 3) Ausnützung der Reichssteuern nur durch das Reich; 4) Erschließung neuer Reichssteuereinnahmen.

* **Zur Reichstagsersatzwahl in Jerichow.** Gegenüber einer Mitteilung der Presse, daß der Rittergutsbesitzer von Brauchitsch nur von den Konservativen des Kreises Jerichow 2 aufgestellt worden sei, glaubt die „Deutsche Tagesztg." nochmals hervorheben zu sollen, daß er sowohl von den Vertrauensmännern des Bundes der Landwirte, als auch von denen der konservativen Partei des gesamten Wahlkreises als Kandidat tatsächlich aufgestellt worden ist. Die „Magd. Ztg.", dies bestätigend, fügt hinzu, daß es gerade dem Bunde der Landwirte gelungen ist, die schon fast gesicherte Zustimmung der Nationalliberalen zu einer von konservativer Seite vorgeschlagenen Kandidatur dadurch zu verhindern, daß die Konservativen vermocht wurden, ihren ersten Vorschlag fallen zu lassen und Herrn v. Brauchitsch aufzustellen.

* **Die Lippische Frage.** Wortführer der Bückeburger Partei im Lippischen Landtagsausschuß ist Rittergutsbesitzer Schemmel. Der freisinnige Landwirt Meier-Jobst, der als Hauptredner der Biesterfelder Partei galt, soll in den Ausschuß mit den Bückeburgern gegangen sein. Die Schwierigkeiten der Ausschußberatung liegen darin, daß in der Regierungsvorlage eine Stellungnahme gegen das Kaisertelegramm verlangt wird, während diese von einem Teil des Ausschusses überhaupt nicht beliebt wird. Die Frage, ob es opportun sei, sich zu einem Schriftstück zu äußern, dessen amtlicher Ausdruck im Ausschuß bestritten wird, rief lange Debatten hervor. Auch die Form, in der eventuell die Meinung des Landtages zum Ausdruck kommen soll, bereitet die größten Schwierigkeiten. Alle diese Erwägungen führten dazu, daß die Regierungsvorlage als zu weitgehend angesehen wird.

* **Den Senioren.** Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei hat folgende Beglückwünschungstelegramme an die beiden Parlamentsjubilare Hobrecht und v. Eynern gerichtet:

An Excellenz Hobrecht, Großlichterfelde.

Zum heutigen Tage, der Sie auf eine 25jährige erfolgreiche politische Tätigkeit im preußischen Abgeordnetenhause als Vertreter desselben Wahlkreises zurückblicken läßt, senden wir Ihnen herzlichste Glückwünsche. Wir erinnern uns dabei dankbar der Dienste, die Sie in wechselvoller Zeit dem Vaterlande und der Partei geleistet haben, und hoffen und wünschen von Herzen, daß wir bei der weiteren politischen Arbeit Ihres bewährten Rates und Ihrer Erfahrung uns noch lange zu erfreuen haben.

Zentralvorstand der nationalliberalen Partei.
Dr. Hammacher.

An Abgeordneten von Eynern, Königswinter.

Wir sprechen Ihnen aus Anlaß des heutigen Tages, an welchem Sie auf eine 25jährige ersprießliche politische Tätigkeit im preußischen Abgeordnetenhause zurückblicken, in dankbarer Anerkennung Ihrer dem Vaterlande und der Partei geleisteten Dienste die herzlichsten Glückwünsche aus. Möge es Ihnen vergönnt sein, in gleicher unermüdlicher Frische auch weiterhin dort tätig zu sein, wohin Sie das Vertrauen desselben Wahlkreises entsandt hat, und möchten Sie uns in derselben Treue verbunden bleiben wie bisher.

Zentralvorstand der nationalliberalen Partei.
Dr. Hammacher.

* **Die Landtagskandidatur Spahn.** Der Nachricht, daß auch Dr. Spahn wieder in das Abgeordnetenhaus zurückzukehren gedenke, ist, soviel wir sehen, bisher nicht widersprochen worden. Zentrumsblätter haben vielmehr die Meldung, daß er bei der im Wahlkreise Fulda nötig gewordenen Ersatzwahl von den klerikalen Wahlmännern als Kandidat aufgestellt worden sei, mit Freuden begrüßt. Dr. Spahn hat bekanntlich nicht freiwillig darauf verzichtet, sich bei der Hauptwahl im vorigen Jahre wieder als Kandidat für das Abgeordnetenhaus aufstellen zu lassen, dem er von 1882 bis zum vorigen Jahre ununterbrochen angehört hatte. Der Präsident des Reichsgerichts, dem er seit einigen Jahren angehört, hatte ihn mit Rücksicht auf den Richtermangel am obersten Gerichtshofe des Reiches veranlaßt, kein Doppelmandat zu übernehmen, und er entschied sich für das Reichstagsmandat. Im Abgeordnetenhause stehen aber jetzt auf dem Gebiet der Schule, wie auf wirtschaftlichem Gebiet wichtige Entscheidungen bevor, die es wohl wünschenswert erscheinen lassen könnten, daß ein für vertrauliche Verhandlungen hinter den Kulissen besonders geschickter Parlamentarier wieder auf der Bildfläche erscheint.

*

* **Bremerhaven,** 7. Oktober. Die Maurer von hier, Lehe und Geestemünde beschlossen, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen.

* **Oldenburg,** 7. Oktober. Erst jetzt wird bekannt, daß die Staatsanwaltschaft infolge der Meineidsbeschuldigung des Ministers Ruhstrat durch den „Residenzboten" gegen den Minister ein Verfahren eingeleitet hatte. Sie hat sich jedoch veranlaßt gesehen, es wieder einzustellen und zwar wegen Mangels an Beweisen.

* **Trier,** 7. Oktober. Die Handelskammer ersuchte die Abgeordneten der dortigen Bezirke, die Aufnahme der Mosel, Saar und Lahn in die Kanalvorlage zu erwirken oder gegen die Vorlage zu stimmen.

* **Kiel,** 7. Oktober. Heute begannen vor dem Oberlandesgericht die Verhandlungen in dem Prozeß, den die Reichsmarine und der Staatsfiskus gegen die Stadt Kiel, um das Eigentumsrecht am Kriegshafen angestrengt hat. In der ersten Instanz ist der Stadt Kiel das Eigentumsrecht zugesprochen worden. Für die gegenwärtigen Verhandlungen sind mehrere Tage in Aussicht genommen.

* **Schwerin i. Mecklenbg.,** 7. Oktober. Die Reichstagsersatzwahl im zweiten mecklenburgischen Wahlkreis (Schwerin-Wismar) ist auf den 23. November anberaumt worden.

# Flotte.

* **Ein Veteran.** Das Torpedoversuchsschiff „Neptun", das ehemalige Panzerschiff „Friedrich Karl", ist jetzt, fast 38 Jahre nach seinem Stapellauf, aus dem Dienst in der Marine ausgeschieden. Es heißt, daß das an die Reichswerft abgegebene Schiff zum Abwracken verkauft werden soll. Der „Neptun" ist eins der wenigen deutschen Kriegsschiffe, die auf einer französischen Werft gebaut worden sind. 1867 lieferten die Forges et Chantiers de la Mediterranée das Panzerschiff an die Marine des Norddeutschen Bundes ab.

# Ausland.

## Oesterreich-Ungarn.

* **Eine Randalsätte mehr.** Die Begegnung zwischen dem Statthalter Baron Handel und den dalmatinischen Landtagsparteien wurde ausführlich nacherzählt. Nochmals ist zu konstatieren, daß die verehrlichen „Nationalitäten" den ersten kaiserlichen Regierungsbeamten der Lüge beschuldigt haben, obgleich dieser strenge Körbernaner stets willfährig war und den Kroaten die Möglichkeit verschaffte, mit Zeugnissen der kroatischen Universität in Agram in Oesterreich jede Stelle im Staatsdienste zu bekommen. Gestern wurde der Bankerott des Systems Körber-Taaffe in einen anderen Laden verlegt. Im krainischen Landtag wurde ein Antrag eingebracht, die Regierung aufzufordern, daß sie die Arbeiten behufs Errichtung einer slowenischen Universität in Laibach beschleunige. Im Laufe der Debatte über den Antrag betreffs Berichterstattung des k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus über die Verhältnisse in Krain, warf der Abgeordnete Schusterfic dem Abgeordneten Tacar vor, grobe Unwahrheiten vorgebracht zu haben. Als dieser rief, daß ihn solche Worte von einem Lügner nicht beleidigen könnten, eilte Schusterfic auf Tacar zu und rief ihm fortwährend die Worte „Pfui, Lügner und Verräter" zu, warf mit Akten nach ihm und drohte ihm mit der Faust. Im Hause entstand eine heftige Erregung und großer Lärm. Die Sitzung wurde vorzeitig geschlossen. Daß die Wiener Arbeiter in den Straßen auf Lueger schimpften, weil er von „Lumpen" gesprochen hatte, ist daneben belanglos.

## Frankreich.

* **Waffenstillstand in Marseille.** Nach einem von gestern datierten Telegramm würde der allgemeine Ausstand der Hafenarbeiter als beendet angesehen. Die Schiffahrtsgesellschaften trafen, wie es heißt, Vorkehrungen, um die Handhabung des Dienstes von heute ab sicher zu stellen. Schon die letzte Einschränkung läßt schließen, daß die von uns durch Wiedergabe einer Korrespondenz erwähnten Hindernisse nicht überwunden sind.

## Italien.

* **Die Auflösung der Kammer.** Schnell hat sich die innere Krisis, deren Zeichen gestern hier aufgezählt wurden, realisiert. Die gestrigen römischen Abendblätter haben gemeldet, am 14. Oktober werde das Ministerium die Kammer auflösen, auf den 30. würden die Neuwahlen, auf den 6. November die Stichwahlen anberaumt, und am 15. werde die Einberufung der neuen Kammer erfolgen. Die Nachricht tritt bisher nur in der privaten, nicht in der offiziellen Presse auf, dafür jedoch hat amtlich das Kriegsministerium die Jahresklasse 1880 zu den Waffen einberufen; ausgenommen ist die Kavallerie und die Feldartillerie. Die Einberufenen müssen sich am 12. d. Mts. stellen, so daß sie durch diese Anwendung des von Tisza gegen die ungarischen Eisenbahner gebrauchten Rezeptes der „Generalstreikkarmer" entzogen wären.

## Rußland.

* **Fortbestand der Autokratie.** Die „Entlastung" des Fürsten Swiatopolk Mirsky durch seinen neuen Adlatus, den Generalmajor à la suite Konstantin Rydzewsky, bislang Chef des kaiserlichen Kabinetts, ist nunmehr protokolliert. Durch kaiserlichen Ukas wurde diesem Gehülfen des Ministers des Innern, dem das Gendarmeriekorps unterstellt ist, die Leitung der Polizei übertragen. Hinsichtlich seiner Rechte und Obliegenheiten ist hervorzuheben, daß ihm die Aufsicht über alle Gefängnisse für wegen Staatsverbrechen Angeklagte zusteht; außerdem gehen die Befugnisse in Prozessen gegen derartige Personen, soweit sie bisher dem Minister des Innern zustanden, auf den Gehülfen über. Herr Rydzewsky wird seine diskretionären Befugnisse in derselben Weise anwenden wie der Generalgouverneur von Warschau, Herr Czertkoff, der in einem Tagesbefehl den Truppen, die bei den Arbeiterunruhen requiriert gewesen, einen Tadel ausspricht, weil sie in die Luft geschossen hätten und die energische Verfolgung der Demonstranten unterließen. Künftig würden die Truppen die Verantwortung für derartiges Verhalten selbst zu tragen haben.

## Amerika.

* **Vom Panamakanal.** Aus Washington wird uns geschrieben: Während man den schleusenlosen Suezkanal verhältnismäßig leicht dem stetig sich vermehrenden Tiefgang der Schiffe anpassen kann und auch von Zeit zu Zeit angewandt hat, denn dort handelt es sich nur um ein Tieferbaggern der sandigen Kanalsohle, so käme bei dem Panamakanal, der bekanntlich mit Schleusen versehen wird, eine Vertiefung einer Schleuse fast einer Neuanlage an Kosten gleicht. Die Vereinigten Staaten wollen nun nicht 150 Millionen Dollars — so hoch ist der Kanalbau veranschlagt — bezahlen für einen Kanal, der vielleicht in 10 oder 20 Jahren für tiefer gehende Schiffe unpassierbar wird. Denn

---

kurze Jagdpfeife von einem Mundwinkel in den andern; „es ist allweil gut so, und der Bub is nit verlassen und kimmt nit auf dumme Gedanken! Schau, Cenzerl, da treiben's viel Hallodria, die Rekruten, und wann du nit da bist und heimtreibst, halten sie den Toni drunt' fest!"

„Ja, ja, ich verlaß ihn nit!" nickte das Dirndel treuherzig; „ich gang mit ihm, bis ans End' der Welt!"

„No, no! so schlimm kommt's grad' nit!" lachte der Beckhaber und ahnte es nicht, wie ernst es dem Cenzerl mit dem Ende der Welt war.

Bis ins Dorf hinab begleitete der Wildhüter seine beiden Kinder, und als sie am Morgen mit hochklopfendem Herzen vor dem Waldhäuschen standen und auf die Post warteten, da konnte es selbst der kecke Toni nicht leugnen, daß er vor Aufregung bis in die Lippen blaß war. Das Cenzerl hatte die Hände gefaltet und betete in seiner Angst halblaut daher, — und als es in der Kutsche neben dem Tonerl saß, und die Pferde anzogen, da wurde sein frisches Gesichtchen kreideweiß und es klammerte sich an dem kraftvollen Bursch und flüsterte: „Schau! ehmals haben wir den Wurzli respektiert, weil er im Schuhwagen daher fuhr . . . . und nun sitzen wir selber im Postkettel und kutschieren mit leibhaftigen Rössern daher!"

Dem Toni war die Sache anfänglich auch etwas ängstlich und ungewohnt, aber er nahm allen Mut zusammen, lachte, pfiff und tröstete das Dirndel in seinem Kleinmut.

Der Wildhüter saß stumm und nachdenklich und rauchte seine Pfeife, plötzlich legte sich des Cenzerls Hand auf seinen Arm und eine halb erstickte Stimme flüsterte: „Vata . . . gel, mei Mutterl hat sich in selber Post hier zu Tod gestürzt?"

Der Beckhaber fuhr empor, als habe ihn ein Faustschlag getroffen.

„Cresczenz!" schrie er, „von wem hast so a Kund?!"

Erschrocken senkte das Dirndel den blonden Kopf. „Die Großmutter . . . .!" stammelte es.

„Die Mutter? — hat sie's doch vor der Zeit ausgeplauscht?" rief der Aloys heftig. „Dös is nit mei' Willen gewest! — Nix wissen sollet ihr dös . . . dös . . ." und der Sprecher verstummte ingrimmig und murmelte in den Bart: „Noch zwei Jahr hätt's Zeit gehabt! . . . dös!"

Toni hatte doch aufgehorcht.

Er ruckte näher und blickte dem Vater starr ins Gesicht.

„Was sollt' ich nit wissen? Vata . . . sag's . . . was is damit, daß sich unser Mutterl totgestürzt hat!" —

„Dei Mutterl hat sich nie nit an' Schaden getan!" rief Aloys heftig, „die is fein fromm und selig im Bett gestorben . . . aber dem arm' Cenzi sein's . . ."

„Dem Cenzerl sein's? Ei haben wir denn nit ein und dasselbe Mutterl a'habt? — fragte der junge Bursch beinah erschrocken.

„Naa!" schrie ihn der Wildhüter kurz und barsch an.

„Ja . . . mei!" . . . was heißt dös? hast etwa zweimal gefreit, Vata?" —

Aloys schlug heftig mit der Faust aufs Knie. „So 'ne Untreu' hab' ich mein Kathi nit angetan! Aber a Narretei is 'gewest, daß die Großmutter geschwatzt hat!" —

Mit starrem Blick schaute Toni auf das angstvoll bebende Mädchen an seiner Seite.

„Da is etwan das Cenzerl gar nit dein Kind?"

„Vom Geblüt nit . . . aber angenommen hab' ich's . . . . und bleibt's auch . . . . Krutzi Türken! dös d' Großmutter geschwatzt hat!" —

Dem Toni stockte der Atem. Sein sonngebräuntes Gesicht, welches erst so farblos geworden, flammte rot auf. — „Da wär also die Cresczenz gar nit mei' Schwester . . . oder Halbschwester?"

„Doch is sie's!" schrie der Beckhaber grob, „nit der Geburt nach, aber um aller Heiligen willen! Und gar nix is anders dadurch! . . so wie es seit allen Jahren gewest is, so bleibts auch in Zukunft!"

„Dös is g'wiß!" nickte Toni und riß jählings den Kragen seiner Joppe auf, als sei er ihm plötzlich zu eng geworden; „aber weißt, Vata, so a halbe Wissenschaft taugt nix . . . und guk, fein Zeit haben wir allweil, da könntst uns gut erzählen, wie das alles z'sammen hängt. Alt genug zum verstehn, sind wir, mein' ich, und wenn die Großmutter dem Cenzerl doch schon ausgeplaudert hat, da nutzt a Verduckeln doch nix mehr!"

Der Wildhüter paffte ärgerlich die dicken Dampfwolken aus der Pfeife, weil aber des Dirndels Hand ihn gar so angstvoll streichelte, überwand er die Mißstimmung und klopfte seinem Pflegetöchterlein schier zärtlich die Wange.

„Na, mein' nit, Cenzi! hast ja Vata und Mutterl doch nimmer kennt, und bist allzeit gern bei uns g'west! — Und ich mein', du bist ganz und gar mein leibliches Dirndel 'worden! — Wenn die Großmutter dir schon erzählt hat, wie d' zu uns kommen bist, machen kann's ja der Toni auch wissen!"

Und der Beckhaber erzählte das Vergangene, aber mit viel Schonung für die leichtfertige Lindbäuerin und des Diebstahls an der Toten tat er vollends nicht Erwähnung.

Der junge Bursch hatte atemlos gelauscht. Er saß mit tiefgeneigtem Kopf und strich nur von Zeit zu Zeit über die Stirn, wie einer, dem es heiß wird. —

Das Cenzerl sah er nicht viel an und als der Wildhüter geendet, sagte er nur voll verlegener Heiterkeit: „Dös is mal g'spassig, und nix vermutet hat mer sich! Aber ich mein', keine eingeborenen Geschwisterln haben sich besser vertragen kunnt wie das Lindenbauerdirndel und ich! Gel' Cenzerl, fein schön auskommen sind wir mit einand?" —

Da nickte ihm die Cresczenz dankbar zu und weil der Wildhüter ein Frühbrot verlangte, packte sie geschäftig ihr Körbchen aus und bot ihm das Schwarzbrot mit Käse dar.

„Magst' auch eins, Tonerl?"

„Naa, — noch hungerts mich nit!"

Und dann saßen sie schweigsam . . . und die Post halperte schwerfällig zu Tal.

(Fortsetzung folgt.)